

## PRESSEERKLAERUNG

28.9.1989

Die Mitglieder des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, Mehmet Bozışık, Ahmet Kardan ve Şeref Yıldız, die am 22. September freiwillig in die Türkei zurückgekehrt sind, werden seit 6 Tagen gesetzwidrig im Polizeipraesidium von Ankara in Untersuchungshaft gehalten und nicht vors Gericht gestellt. Trotz der Existenz eines vom Ministerpraesidenten Özal unterzeichneten Rundschreibens, das vorsieht, dass die Inhaftierten waehrend der Untersuchungshaft mit ihren Rechtsanwaelten Kontakte aufnehmen, wird unseren Genossen aus dem Zentralkomitee verweigert, mit ihren Rechtsanwaelten Kontakte aufzunehmen. Diese Lage zeigt, dass unsere Genossen gefoltert werden. Ein Augenzeuge, der aus dem Polizeipraesidium kam, hat durch seine Aussagen diese Vermutung bestaetigt.

Wir sind mit einer besorgniserregenden Situation konfrontiert. Trotz der Erklaerung des Ministerpraesidenten vor dem Parlament des Europarates in Strassbourg, dass die Dauer der Untersuchungshaft reduziert sei, die Inhaftierten nicht gefoltert werden, sie mit ihren Rechtsanwaelten Kontakte aufnehmen können, und er selbst für die Abschaffung der die legale Taetigkeit der Kommunistischen Partei verbietende Paragraphen 141 und 142 sei, aendert sich in Ankara nichts. Die Mentalitaet, die das Kommunistsein als ein Vergehen ansieht und glaubt, dass sie die progressiven Gedanken durch Terror vernichten kann, ist immernoch an der Macht.

Den Mitgliedern des Zentralkomitees muss sofort die Möglichkeit gegeben werden, sich vor dem Gericht zu verteidigen. Sechs Tage sind vergangen. Man kann es nicht mehr zulassen, dass die Menschenrechte auf brutale Art und Weise verletzt werden.

Wir fordern auf, dass unsere Genossen nicht verhaftet werden. Der Weg muss gebahnt werden, damit die mittelalterliche Mentalitaet und Praktiken wie das Ansehen des Kommunistseins als ein Vergehen, die sowohl von unserem Volk als auch vom ganzen Europa abgelehnt werden, überwunden wird. Die Freilassung unserer

Genoßen wird auch zur Freilassung von Kutlu und Sargin führen, was eine positive Entwicklung bei der Demokratisierung bedeutet. Im anderen Fall wird die Regierung mit noch komplizierten Bedingungen konfrontiert.

Der Ministerpraesident Turgut Özal sprach in Strassbourg für die Eröffnung einer landesweiten Diskussion für die Abschaffung der Paragraphen 141 und 142. Wie kann diese Frage gerecht diskutiert werden, wenn die Kommunisten im Kerker sitzen und gefoltert werden? Unsere Staatsmaenner müssen endlich verzichten, in Europa anders in der Türkei ganz anders zu sprechen. Die Regierung muss überzeugende Massnahmen gegen Folterungen, willkürliche Verhaftungen und gegen die Feindschaft gegen die Kommunisten treffen.

Die Mitglieder des Zentralkomitees müssen sofort vors Gericht gestellt und freigelassen werden.

Ömer Ağın, İlhan Alkan, Selma Atabek, Fatih Balkan, Vedat Baranoğlu, Mebuse Cinmen, Umur Coşkun, Zülfü Dicleli, Toygun Erarslan, Arif Gülöksüz, Semih Gümüş, Haluk Tan İpekçi, Yusuf Kıtık, Gürbüz Özaltınlı, Vedat Pekel, Nurettin Pirim, Adnan Sel, Yüksel Selek, Fuat Vardal.

Istanbul

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ  
TÜRKİYE İNŞAŞTIRIM VE KAFİ